

Boss, Alfred et al.

Article — Digitized Version

Bundesrepublik Deutschland: Produktion belebt sich - noch keine Wende am Arbeitsmarkt

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred et al. (1993) : Bundesrepublik Deutschland: Produktion belebt sich - noch keine Wende am Arbeitsmarkt, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 4, pp. 396-411

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1586>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesrepublik Deutschland: Produktion belebt sich – noch keine Wende am Arbeitsmarkt

Von **Alfred Boss, Jörg Döpke, Malte Fischer, Jörg W. Krämer,
Enno Langfeldt und Klaus-Werner Schatz**

Produktionsrückgang im Westen beendet

Die Wirtschaft in den alten Bundesländern hat die konjunkturelle Talfahrt beendet. Sowohl im zweiten als auch im dritten Quartal dieses Jahres ist das reale Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorquartal jeweils um knapp 0,5 vH gestiegen; zuvor hatte es sich innerhalb von vier Quartalen um rund 3 vH verringert. Maßgeblich dafür war, daß sich der Rückgang der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe – vom ersten Quartal 1992 bis zum ersten Quartal 1993 nahm diese um fast 11 vH ab – nicht weiter fortgesetzt hat (Schaubild 1). Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung ist gleichwohl nochmals leicht zurückgegangen. Die Zahl der Beschäftigten hat sich bis zuletzt in unvermindertem Tempo verringert, die der Arbeitslosen spürbar erhöht. Der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe ermäßigte sich angesichts schwacher Konjunktur und sinkender Importpreise zuletzt auf eine laufende Jahresrate von rund 2,5 vH; der Stand im Vorjahr wurde im November gleichwohl noch um 3,7 vH übertroffen; darin drückt sich die Erhöhung der Mehrwertsteuer und administrierter Preise zu Jahresbeginn aus.

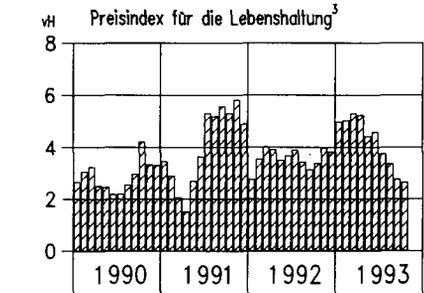
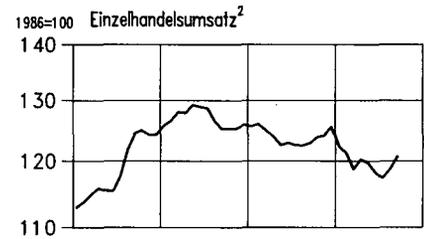
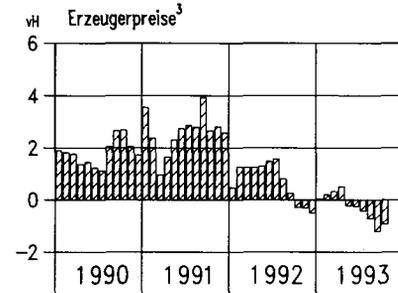
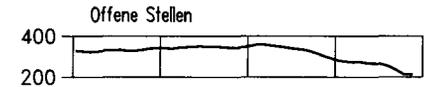
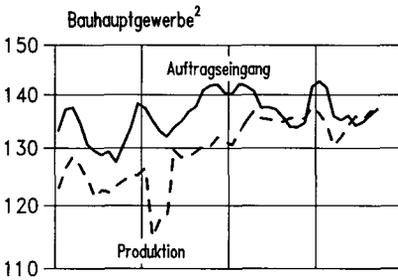
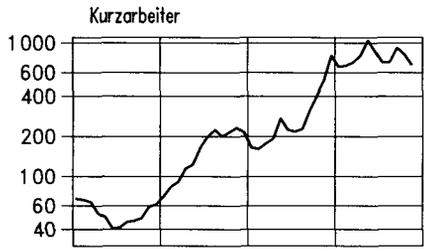
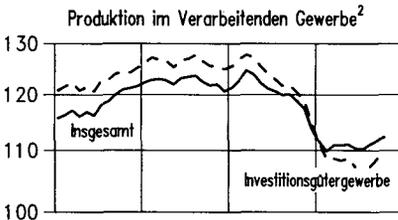
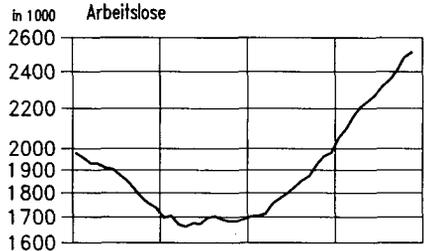
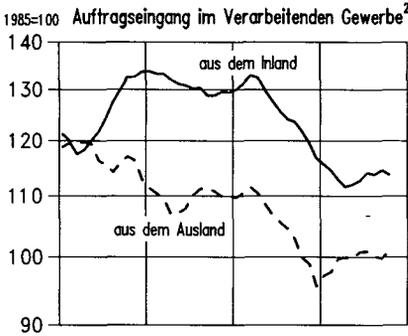
Verlangsamte Aufwärtsentwicklung im Osten

In den neuen Bundesländern stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion im Verlauf des Jahres 1993 weiter deutlich an, wenn auch etwas langsamer als im Vorjahr. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Transfers aus dem Westen beträchtlich weniger stiegen als im Jahr 1992. Dies hat den Zuwachs der Einkommen der privaten Haushalte abgeschwächt und so dazu beigetragen, daß sich die Expansion im Dienstleistungsbereich merklich verringert hat. Bei schrumpfenden Gewinnen und niedriger Kapazitätsauslastung haben zudem die westdeutschen Unternehmen ihre Investitionen in den neuen Bundesländern nicht mehr so rasch ausgeweitet wie in den vergangenen Jahren.

Zu dem Produktionsanstieg trug die anhaltend lebhaftere Baukonjunktur bei. Hinzu kam, daß auch im Verarbeitenden Gewerbe die Produktion deutlich aufwärtsgerichtet war (Schaubild 2); dabei konnten neben baunahen Bereichen vor allem jene Branchen spürbare Zuwächse verzeichnen, in denen größere Investitionsvorhaben produktionswirksam geworden sind. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor bedrückend. Die Zahl der Beschäftigten geht weiterhin – wenn auch erheblich verlangsamt – zurück. Zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit ist es jedoch trotz der Kürzungen beim Einsatz der

Schaubild 1

Indikatoren¹ zur Konjunktur in Westdeutschland



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sowie der Bundesanstalt für Arbeit.

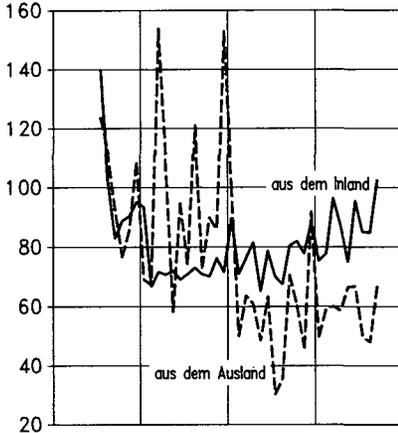
¹ Saisonbereinigt. – ² Real; gleitender Dreimonatsdurchschnitt. – ³ Veränderung in den letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.



Schaubild 2

Indikatoren¹ zur wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland

2.Halb;
1990=100 Auftragsingang im Verarbeitenden Gewerbe



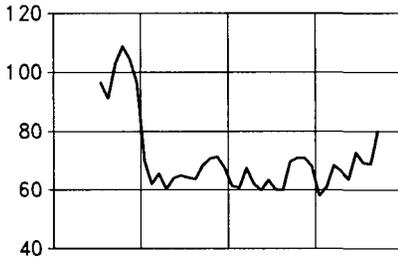
in 1000 Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe



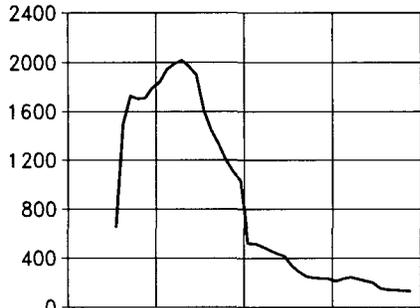
Arbeitslose



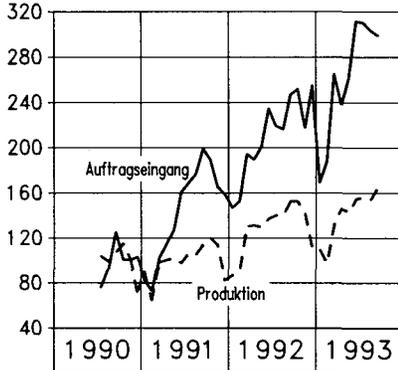
Produktion im Verarbeitenden Gewerbe



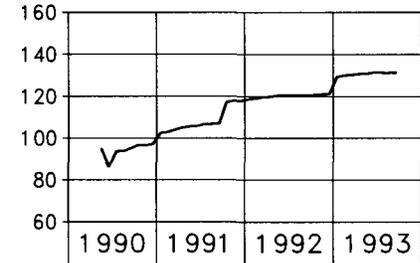
Kurzarbeiter



Bauhauptgewerbe



2.Hj,90 /
1.Hj,91=100 Preisindex für die Lebenshaltung



Nach Angaben des Gemeinsamen Statistischen Amtes, des Statistischen Bundesamtes sowie der Bundesanstalt für Arbeit.

¹ Nicht saisonbereinigt.



arbeitsmarktpolitischen Instrumente nicht gekommen; dazu mag beigetragen haben, daß sich viele Arbeitssuchende nicht mehr bei den Arbeitsämtern registrieren lassen.

Verbesserte Bedingungen für eine konjunkturelle Belebung

Derzeit wird von vielen Prognostikern für das kommende Winterhalbjahr mit einem erneuten konjunkturbedingten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion gerechnet; zudem werden Zweifel geäußert, daß die Expansion im weiteren Verlauf des Jahres 1994 ein Tempo erlangt, das die Bezeichnung Aufschwung rechtfertigt. Dabei wird insbesondere darauf verwiesen, daß nicht erkennbar sei, wie eine deutliche Belebung der Nachfrage zustande kommen könne. Angesichts der Unterauslastung der Kapazitäten sowie der vielfältigen strukturellen Probleme der deutschen Wirtschaft werde sich nochmals ein, wenn auch abgeschwächter, Rückgang der Unternehmensinvestitionen ergeben. Auch von seiten der Exporte sei angesichts einer realen Aufwertung der D-Mark und weiterhin schwacher Konjunktur in Westeuropa, dem wichtigsten Absatzmarkt Deutschlands, kein Impuls für die Konjunktur zu erwarten.

Auch diese Rezession ist vor allem das Ergebnis der typischen Verspannungen in der Hochkonjunktur. Seit Ende der achtziger Jahre waren kräftige Lohnsteigerungen vereinbart worden; die tariflichen Stundenlöhne haben sich von 1989 bis 1993 um etwa 25 vH erhöht, demgegenüber hat die Arbeitsproduktivität nur um rund 8 vH zugenommen. Im Sog des Booms und unter dem Druck steigender Kosten hatte sich die Inflation spürbar beschleunigt. Die Deutsche Bundesbank war dem mit kräftigen Erhöhungen ihrer Zinsen entgegengetreten, um die inländische Nachfrage zu dämpfen. Ähnliche konjunkturelle Verspannungen hatte es auch in anderen Industrieländern gegeben, und auch dort war die Geldpolitik auf bremsenden Kurs gegangen. Der daraus resultierenden geringeren Nachfrage nach deutschen Gütern und den dämpfenden Einflüssen der Politik der Deutschen Bundesbank hatte zunächst die deutsche Finanzpolitik entgegengewirkt. Im Zuge der deutschen Vereinigung wurden umfangreiche Mittel am Kapitalmarkt aufgenommen, die als öffentliche Transfers von West nach Ost flossen. Sie hatten zu einer kräftig steigenden Nachfrage nach westdeutschen Produkten geführt und ein Konjunkturprogramm bedeutet, das den Boom in Westdeutschland verlängerte. Nachdem die Transfers zunächst sprunghaft zugenommen hatten, wurde der Zuwachs allmählich geringer. Die Nachfrageimpulse aus Ostdeutschland klangen somit ab. Außerdem wurden beginnend im Jahr 1991 die Steuern und sonstige Abgaben spürbar erhöht, um die Defizite und die Schulden des Staates nicht noch rascher zunehmen zu lassen. Im Jahr 1992 kumulierten dann der Nachfragerückgang aus dem Ausland, die Dämpfung der inländischen Nachfrage durch die Geldpolitik und steigende Abgaben sowie das Abebben der Nachfrageimpulse aus Ostdeutschland. Bei sinkender Kapazitätsauslastung und weiterhin kräftigen Lohnerhöhungen stiegen die Kosten sprunghaft, die Gewinne brachen ein, die Unternehmen strichen die Investitionen zusammen, die konjunkturelle Talfahrt beschleunigte sich. Inzwischen haben sich die konjunkturellen Verspannungen deutlich verringert,

und durch die geldpolitische Lockerung haben sich die Bedingungen für die konjunkturelle Wende verbessert, zumal sich die Ausfuhr auf niedrigem Niveau stabilisiert hat.

Die Auftragseingänge aus dem Inland sind seit dem Frühjahr tendenziell aufwärtsgerichtet; die Bestellungen aus dem Ausland haben sich seit der Jahreswende ebenfalls erholt, in den letzten Monaten stagnierten sie freilich (Schaubild 1). Deutlich verbessert hat sich das Geschäftsklima; die Unternehmen sind derzeit bei günstigeren Exporterwartungen weit weniger skeptisch als noch im Frühjahr. Zudem hat sich die Zahl der Kurzarbeiter saisonbereinigt seit dem Frühjahr zurückgebildet. Dies ist bemerkenswert, war doch in vergangenen Zyklen der Höchststand der Kurzarbeit zumeist mit dem unteren Wendepunkt der Industriekonjunktur identisch.

Zudem sind wichtige konjunkturelle Rahmenbedingungen günstiger geworden. Die Geldpolitik hat bereits im Herbst 1992 begonnen, die Leitzinsen zu senken. Seit Frühjahr dieses Jahres sinken die kurzfristigen Zinsen rascher als die langfristigen. Angesichts abnehmender Inflationsgefahren sowie der zu erwartenden Rückkehr der Geldmenge M3 in den angestrebten Zielkorridor dürfte die Bundesbank ihren Kurs einer behutsamen geldpolitischen Lockerung im nächsten Jahr fortsetzen; wir rechnen damit, daß Ende 1994 die kurzfristigen Zinsen um rund eineinhalb Prozentpunkte niedriger als die langfristigen sein werden. Der Anstieg der tariflichen Stundenlöhne fällt 1994 deutlich schwächer als in diesem Jahr (4 vH) aus, zusätzlich gibt es Kürzungen übertariflicher Leistungen. Zusammen mit einer sinkenden Zinsbelastung führt dies zu weiteren Fortschritten bei der Stabilisierung der Kostenentwicklung in den Unternehmen. Hinzu kommt, daß sich die Konjunktur in wichtigen Handelspartnerländern zunehmend beleben wird [Gern et al., 1993]. Ferner wird die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exportgüter dadurch verbessert, daß sich die D-Mark gegenüber dem Dollar leicht abwertet. Anregend wirkt ferner, daß mit dem Inkrafttreten des Standortsicherungsgesetzes die steuerliche Belastung gewerblicher Einkünfte im nächsten Jahr spürbar verringert wird; ein großer Teil der Entlastung geht freilich durch die zum 1. Januar 1995 geplante Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags verloren. Dämpfend auf den privaten Verbrauch wirkt allerdings, daß durch die Erhöhung der Mineralölsteuer und der Beiträge zur Sozialversicherung die Kaufkraft der privaten Haushalte verringert wird. Dies dürfte dazu führen, daß die gesamtwirtschaftliche Aktivität zu Jahresbeginn 1994 vorübergehend leicht sinkt. Wir erwarten jedoch, daß die Konjunktur im Frühjahr 1994 an Fahrt gewinnt; in der zweiten Jahreshälfte ist wieder mit einer Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung zu rechnen, nachdem sie in der Grundtendenz seit dem Frühjahr 1991 zurückgeht. Für das Jahr 1994 insgesamt rechnen wir mit einer Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion um rund 1 vH (Tabelle 1).

Ausblick Westdeutschland: Wirtschaft im Aufschwung

Ein Konjunkturaufschwung in Westdeutschland wurde in der Vergangenheit stets von einer Zunahme der Inlandsnachfrage eingeleitet [vgl. Krämer, 1993

Tabelle 1 – Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland 1991–1994

	1992	1991	1992	1993 ¹	1994 ¹
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH			
Privater Verbrauch	1510,0	8,3	5,7	2,5	2,0
Staatsverbrauch	500,6	5,1	7,3	2,0	2,0
Anlageinvestitionen	593,6	11,2	5,1	-3,5	5,5
Ausrüstungsinvestitionen	257,4	12,1	-2,1	-15,0	5,5
Bauinvestitionen	336,2	10,6	11,3	5,0	5,5
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	-4,6	(6,6)	(-4,6)	(-5,0)	(5,5)
Ausfuhr	934,8	15,1	4,7	-7,0	4,5
Einfuhr	740,2	14,5	2,3	-11,0	4,0
Außenbeitrag (Mrd. DM)	194,6	(168,7)	(194,6)	(211,0)	(225,0)
Bruttoinlandsprodukt	2794,2	8,7	6,0	1,5	3,5
Bruttosozialprodukt	2798,8	8,4	5,5	1,5	3,5
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1991					
Privater Verbrauch	1452,1	4,5	1,7	-1,0	-1,0
Staatsverbrauch	481,3	0,3	3,2	-1,0	0,5
Anlageinvestitionen	571,4	6,1	1,1	-6,5	2,5
Ausrüstungsinvestitionen	252,6	9,1	-3,9	-15,5	3,5
Bauinvestitionen	318,8	3,6	5,5	0,5	1,5
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	-1,8	(6,6)	(-1,8)	(-5,0)	(5,5)
Ausfuhr	925,4	13,7	3,7	-7,5	2,5
Einfuhr	752,4	12,1	3,9	-10,0	2,0
Außenbeitrag (Mrd. DM)	173,0	(168,7)	(173,0)	(178,5)	(188,0)
Bruttoinlandsprodukt	2676,0	4,5	1,6	-2,0	1,0
Bruttosozialprodukt	2680,5	4,3	1,0	-2,0	1,0
Preisniveau des Bruttoinlandsprodukts 1991=100					
Privater Verbrauch	104,0	3,7	4,0	3,5	3,0
Ausrüstungsinvestitionen	101,9	2,7	1,9	0,5	2,0
Bauinvestitionen	105,5	6,7	5,5	4,5	3,5
Ausfuhr	101,0	1,3	1,0	1,0	2,0
Einfuhr	98,4	2,2	-1,6	-1,0	2,0
Bruttoinlandsprodukt	104,4	3,9	4,4	3,5	2,5
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1991	Mrd. DM				
Arbeitsvolumen	1,5	1,6	-2,5	-2,0
Produktivität	3,0	-0,0	0,5	3,0
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2122,3	7,3	4,6	0,0	2,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	613,9	5,6	1,2	-1,5	8,0
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1508,4	8,0	6,0	1,0	0,5
in vH des Volkseinkommens	70,1	71,1	71,5	70,5
Lohnkosten je Produkteinheit ²	3,9	4,7	3,0	0,0
Arbeitslose (Mill.)	1,69	1,81	2,30	2,70
Erwerbstätige ³ (Mill.)	29,23	29,49	29,00	28,50
Beschäftigte Arbeitnehmer ³ (Mill.)	26,18	26,43	25,90	25,45

¹ Prognose; auf halbe Prozentpunkte gerundet. – ² Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – ³ Inlandskonzept.

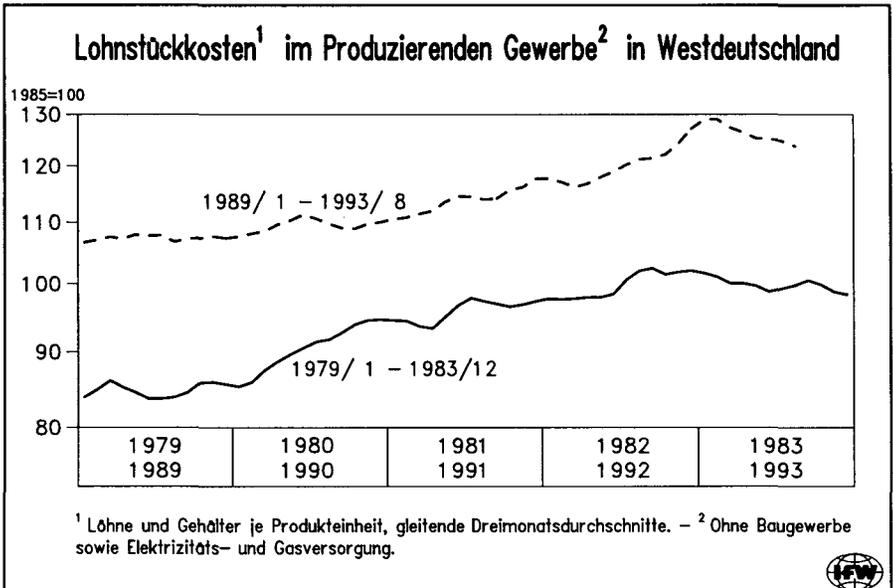
Quelle: Statistisches Bundesamt [1993]; eigene Schätzungen.

und Scheide, 1987]. Getragen wurde der Anstieg der Inlandsnachfrage von einer Belebung der Unternehmensinvestitionen, insbesondere der Ausrüstungsinvestitionen. Nach unserer Einschätzung geht der Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen gegenwärtig zu Ende. Im dritten Quartal 1993 sind die Ausrüstungsinvestitionen erstmals seit Mitte 1991 leicht gestiegen. Für das Jahr 1993 insgesamt ergibt sich jedoch noch ein Rückgang um 15 vH. Für das kommende Jahr erwarten wir einen Anstieg um rund 3,5 vH; dies beinhaltet eine deutliche Belebung der Investitionstätigkeit im Verlauf des Jahres.

Die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe haben bereits in diesem Jahr erhebliche Fortschritte bei der Kostenstabilisierung gemacht. Von Januar bis September sind die Lohnstückkosten, die im Verlauf dieses Abschwungs – also seit Anfang 1991 – um knapp 20 vH gestiegen waren, um rund 6 vH gesunken. Eine ähnlich starke Verringerung der Lohnstückkosten setzte auch nach der Mitte des Jahres 1982 ein, also rund ein halbes Jahr vor der konjunkturellen Wende im Winter 1982/83 (Schaubild 3). Bei den niedrigen Lohnabschlüssen und einer fortgesetzten Verringerung der Beschäftigung wird die von uns erwartete höhere Nachfrage den Rückgang der Lohnstückkosten im nächsten Jahr verstärken. Damit werden sich die Gewinne und die Sachkapitalrendite merklich erhöhen und so die Investitionstätigkeit anregen, zumal längerfristige Finanzanlagen infolge gesunkener Kapitalmarktzinsen an Attraktivität verloren haben.

Da die kurzfristigen Zinsen rascher sinken als die langfristigen, wird sich die Zinsdifferenz normalisieren. Damit wird eine abwartende Haltung für poten-

Schaubild 3



tielle Investoren zunehmend unattraktiv. Hinzu kommt, daß der Wettbewerb den Unternehmen auch angesichts schwieriger Rahmenbedingungen nur begrenzte Zeit dafür läßt, Investitionen aufzuschieben.

Einem Anstieg der Investitionen steht die niedrige Auslastung bestehender Kapazitäten nicht entgegen: Zum ersten gründen sich Investitionsentscheidungen stark auf Erwartungen bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Rendite. Zum zweiten sinkt wegen der Rationalisierungsanstrengungen auch die Rentabilitätsschwelle: Die Produktion ist also schon bei einem niedrigeren Auslastungsgrad als zuvor rentabel. Damit entstehen Preissenkungsspielräume, die es ermöglichen, den Absatz zu erhöhen. Die Erfahrung zeigt, daß die Ausrüstungsinvestitionen bereits wieder steigen, bevor der Auslastungsgrad sein Minimum erreicht.

Die Investitionskonjunktur wird maßgeblich durch jene Investitionen bestimmt, die im Abschwung leicht aufzuschieben sind, wie beispielsweise der Erwerb von Straßenfahrzeugen und von ADV-Anlagen. Diese beiden Gütergruppen haben an den gesamten Ausrüstungsinvestitionen ein erhebliches Gewicht: 1991 betrug der Anteil dieser Güter an den gesamten neuen Ausrüstungen rund ein Drittel. Hier lassen sich erste Anzeichen einer Erholung feststellen: Die Auftragseingänge im Straßenfahrzeugbau stabilisieren sich. Die Auftragseingänge im Bereich ADV-Anlagen sowie Büromaschinen erhöhen sich seit Mitte des Jahres in der Grundtendenz.

Die Bautätigkeit wird im nächsten Jahr wesentlich durch die stabile Aufwärtsentwicklung im Wohnungsbau geprägt sein; dazu tragen maßgeblich die niedrigen langfristigen Zinsen bei. Der Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern wird angesichts sinkender Realeinkommen der privaten Haushalte allerdings in nur moderatem Tempo zunehmen. Dagegen wird der Geschoßwohnungsbau bei weiterhin hoher Nachfrage nach Wohnraum noch immer kräftig ausgeweitet werden. Der gewerbliche Bau wird sich im Zuge der Erholung der Investitionstätigkeit im Verlauf des nächsten Jahres nur zögerlich beleben. Bei den Investitionen steht das Erweiterungsmotiv stark im Vordergrund; eine Belebung bei den gewerblichen Bauten kann erst dann erwartet werden, wenn der Aufschwung sich gefestigt und an Breite gewonnen hat. Im Vergleich zu dem Niveau im Vorjahr wird die Tätigkeit im gewerblichen Bau 1994 nochmals leicht geringer sein. Die staatlichen Bauinvestitionen werden – wegen der Konsolidierungsmaßnahmen der öffentlichen Haushalte – ebenfalls zurückgehen.

Die westdeutschen Warenexporte, die von der Mitte des vergangenen Jahres bis zur Mitte dieses Jahres zurückgegangen waren, dürften die Talsohle mittlerweile erreicht haben.¹ Die Ausfuhrschwäche spiegelt vor allem den ausgeprägten Produktionsrückgang in den westeuropäischen Ländern wider. Belastend wirkte zudem die Höherbewertung der D-Mark gegenüber den anderen europäischen Währungen.

¹ Seit Jahresbeginn 1993 werden die Daten über den Warenverkehr mit Ländern der EG direkt bei den aus- und einführenden Unternehmen erhoben. Dies führt offenbar noch immer zu erheblichen Erfassungsschwierigkeiten. Zudem wurde die Freigrenze bei der Meldepflicht im EG-Handel deutlich angehoben, mit der Folge, daß es zu weiteren statistischen Ausfällen kommt. Aussagen zur Entwicklung des Warenhandels sind daher mit erheblichen Unsicherheiten verbunden.

Es zeichnet sich ab, daß die Warenexporte bald wieder steigen. So sind die Auslandsumsätze seit Beginn dieses Jahres nicht weiter zurückgegangen, die Auftragseingänge aus dem Ausland, insbesondere im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, haben sogar zugenommen. Im Verlauf des kommenden Jahres werden sich die konjunkturellen Perspektiven für den deutschen Export aufhellen. In den Vereinigten Staaten wird sich die wirtschaftliche Erholung fortsetzen; in Westeuropa werden die Auftriebskräfte allmählich die Oberhand gewinnen, allerdings wird die Expansion zunächst wohl moderat sein. Die Aufwertung der D-Mark gegenüber den Währungen der am Europäischen Währungssystem (EWS) beteiligten Länder wird noch einige Zeit nachwirken und die Ausfuhren dämpfen, aber die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte gegenüber Anbietern aus dem Dollarraum wird sich als Folge der erwarteten weiteren Aufwertung des Dollar nochmals verbessern. Insgesamt erwarten wir, daß sich die westdeutschen Ausfuhren, einschließlich der weiter steigenden Lieferungen nach Ostdeutschland, 1994 allmählich erholen und um rund 3 vH über dem Niveau des Vorjahres liegen werden.

Die Einfuhr, welche als Folge der rückläufigen Inlandskonjunktur bis zur Jahresmitte kräftig sank, scheint sich zuletzt stabilisiert zu haben. Mit der wirtschaftlichen Erholung in Westdeutschland werden die Importe im Verlauf des kommenden Jahres zunehmen.

Der private Verbrauch wird 1994 wie schon in diesem Jahr niedriger als im Vorjahr sein. Maßgeblich dafür ist, daß das real verfügbare Einkommen der privaten Haushalte abermals zurückgehen wird. Infolge niedrigerer Lohnabschlüsse sowie einer weiter abnehmenden Beschäftigung wird sich die Lohnsumme brutto nicht mehr erhöhen, bei steigender Belastung mit Steuern und Sozialabgaben wird sie netto sinken. Die Transfereinkommen werden schwächer als im Vorjahr expandieren. Allein die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen werden angesichts der Besserung der Konjunktur rascher zunehmen. Der Preisauftrieb auf der Konsumentenebene wird sich im Jahr 1994 weiter leicht abschwächen. Wegen der Mineralölsteuererhöhung und der Anhebung administrierter Preise dürfte das Preisniveau gleichwohl um 3 vH höher als im Vorjahr sein.

Ausblick Ostdeutschland: Produktion deutlich aufwärtsgerichtet

Die Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft kommt weiter voran. Trotz der Konjunkturschwäche in den alten Bundesländern und in Westeuropa dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 1993 um rund 6,5 vH gestiegen sein (Tabelle 2). Noch stärker hat sich die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe erhöht. Zunehmend gehen nunmehr Anstöße von Betrieben aus, die ihr Angebot verbessert und erweitert haben. Viele Unternehmen konnten durch Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen ihre Produktivität kräftig steigern. Eine kleine, aber zunehmende Zahl privatisierter Unternehmen verzeichnete erstmalig Gewinne. Die Mehrzahl der Unternehmen macht jedoch weiter Verluste. Dies gilt vor allem für die Betriebe, die sich noch im Besitz der

Tabelle 2 – Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland
1991–1994

	1992	1991	1992	1993 ¹	1994 ¹
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH			
Privater Verbrauch	212,0	15,9	18,2	10,0	4,5
Staatsverbrauch	105,8	20,7	23,6	10,5	4,5
Anlageinvestitionen	115,6	42,5	32,6	19,0	19,0
Ausrüstungsinvestitionen	47,2	105,6	12,9	4,5	9,5
Bauinvestitionen	68,4	11,1	50,8	29,0	24,0
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	-2,4	(0,1)	(-2,4)	(-3,5)	(1,5)
Ausfuhr	53,5	-17,0	14,1	-3,0	16,5
Einfuhr	251,1	98,3	15,1	2,5	7,5
Außenbeitrag (Mrd. DM)	-197,6	(-171,4)	(-197,6)	(-205,0)	(-215,0)
Bruttoinlandsprodukt	233,4	-17,9	29,1	19,5	13,0
Bruttosozialprodukt	245,3	-14,2	29,0	18,5	12,5
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1991					
Privater Verbrauch	192,5	2,2	7,3	1,5	0,0
Staatsverbrauch	91,7	-3,2	7,2	0,5	0,5
Anlageinvestitionen	108,1	33,4	24,0	13,5	14,0
Ausrüstungsinvestitionen	46,3	104,0	10,8	3,5	8,5
Bauinvestitionen	61,8	1,1	36,2	21,5	17,5
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	-0,6	(0,1)	(-0,6)	(-1,5)	(1,5)
Ausfuhr	52,9	-31,3	12,9	-3,0	14,5
Einfuhr	246,3	76,4	12,9	1,0	5,5
Außenbeitrag (Mrd. DM)	-193,4	(-171,4)	(-193,4)	(-198,0)	(-204,0)
Bruttoinlandsprodukt	198,4	-29,1	9,7	6,5	7,0
Bruttosozialprodukt	209,7	-25,9	10,3	5,5	7,0
Preisniveau des Bruttoinlandsprodukts 1991=100					
Privater Verbrauch	110,1	13,4	10,1	8,0	4,0
Ausrüstungsinvestitionen	102,0	0,8	2,0	1,0	1,0
Bauinvestitionen	110,7	9,8	10,7	6,5	6,0
Ausfuhr	101,0	20,8	1,0	0,0	2,0
Einfuhr	101,9	12,4	1,9	1,0	2,0
Bruttoinlandsprodukt	117,7	15,9	17,6	12,5	5,5
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts					
Arbeitsvolumen	-2,4	-2,5	-2,0
Produktivität	12,1	9,0	9,0
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	206,0	-16,2	25,7	18,0	12,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmer- tätigkeit und Vermögen	-17,0
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	223,0	10,0	20,1	9,0	8,0
in vH des Volkseinkommens	108,2	100,0	96,0
Lohnkosten je Produkteinheit ²	10,4	4,0	2,0
Arbeitslose (Mill.)	0,91	1,17	1,15	1,15
Erwerbstätige ³ (Mill.)	7,22	6,34	6,10	6,05
Beschäftigte Arbeitnehmer ³ (Mill.)	6,86	5,93	5,70	5,65

¹ Prognose; auf halbe Prozentpunkte gerundet. – ² Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – ³ Inlandskonzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt [1993]; eigene Schätzungen.

Treuhandanstalt befinden; hier ist die Umsatzrendite trotz einer geringfügigen Besserung gegenüber dem Vorjahr noch immer ausgeprägt negativ.

Steigende Marktanteile konnten die ostdeutschen Unternehmen bislang vornehmlich auf regionalen Märkten erzielen. So gab es in den baunahen Bereichen des Grundstoff- und des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes spürbare Produktionszuwächse. Auch im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe wurde die Produktion deutlich ausgeweitet. Weniger günstig verlief die Entwicklung bislang in den Branchen, die für überregionale Märkte produzieren. In den Kernbereichen der Investitionsgüterindustrie ist die Lage noch immer kritisch. Zuwächse sind vornehmlich darauf zurückzuführen, daß bei größeren Investitionsvorhaben westlicher Unternehmen die Produktion aufgenommen wurde. Nur ein vergleichsweise kleiner Teil der Industrieproduktion wird exportiert. Die Wettbewerbsfähigkeit wird weiterhin dadurch behindert, daß die Produktivitätsfortschritte durch den Anstieg der Löhne nahezu aufgezehrt werden. Auch hat es vielfach an effizienten Vertriebs- und Marketingstrategien gefehlt, um neue Märkte außerhalb Ostdeutschlands zu erschließen. Als Folge der zurückliegenden weltweiten Rezession hat sich zudem der Wettbewerb verschärft. Zunehmend konkurrieren osteuropäische Anbieter mit ostdeutschen Produzenten; dies ist nicht nur auf Drittmärkten der Fall, sondern auch auf dem heimischen Markt. Insgesamt fehlt es der Aufwärtsentwicklung an Breite, und zusätzliche Arbeitsplätze sind per saldo noch nicht geschaffen worden.

Wachstumsmotor der ostdeutschen Wirtschaft ist gegenwärtig die Bauwirtschaft; ihr Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung war im ersten Halbjahr 1993 mit 16 vH bereits deutlich größer als der des Verarbeitenden Gewerbes (14 vH). Das Baugewerbe wird auch in Zukunft überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten aufweisen. Bislang haben vor allem der öffentliche und der gewerbliche Bau die schnelle Expansion getragen. Mit der weniger raschen Ausweitung des finanziellen Handlungsspielraums der Gebietskörperschaften sowie mit der Beeinträchtigung der Investitionsbereitschaft westlicher Unternehmen durch die Konjunkturschwäche werden in beiden Bereichen die Zuwächse sowohl 1993 als auch 1994 etwas geringer ausfallen als im Jahr 1992. Jedoch erhält nunmehr der Wohnungsbau Schwung. Mieterhöhungen, sinkende Hypothekenzinsen, die Entlastung der Wohnungsgesellschaften von Altschulden, die zunehmende Klärung von Eigentumsrechten sowie die umfangreichen staatlichen Fördermaßnahmen haben die Auftragsvergabe stimuliert. Dabei gewinnt der Neubau von Wohnungen an Bedeutung.

Die Ausrüstungsinvestitionen steigen 1993 unter dem Einfluß der Rezession im Westen deutlich verlangsamt. Nach unserer Einschätzung ist dies vor allem darauf zurückzuführen, daß die Unternehmen Investitionsvorhaben zeitlich strecken. Angesichts der weiterhin beträchtlichen Investitionsfördermaßnahmen, der Investitionsverpflichtungen, die die privatisierten Unternehmen gegenüber der Treuhandanstalt eingegangen sind, sowie etwas günstigerer Absatz- und Ertragsersparungen dürften sich die Ausrüstungsinvestitionen im Verlauf von 1994 kräftigen.

Der private Verbrauch hat bereits in diesem Jahr nur noch wenig zugenommen; für das kommende Jahr zeichnet sich eine Stagnation ab. Maßgeblich dafür

ist, daß sich der Anstieg des verfügbaren Einkommens der Haushalte im Jahr 1994 spürbar abflacht. Dazu trägt bei, daß die Zunahme der Tariflöhne auf rund 9 vH zurückgeht; 1993 hatte sie noch 16 vH betragen. Hinzu kommt, daß die Sozialabgaben erhöht werden. Da das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe eingeschränkt werden und die Renten deutlich verlangsamt zunehmen, expandieren zudem die Einkommensübertragungen schwächer als in den vergangenen Jahren. Der Anstieg der Konsumentenpreise wird im kommenden Jahr mit reichlich 4 vH nur noch wenig größer als in den alten Bundesländern sein.

Die ostdeutschen Warenexporte gingen in diesem Jahr nochmals zurück. Die wirtschaftlichen Probleme in der GUS, einem bedeutenden Absatzmarkt ostdeutscher Produkte, ließen die ostdeutschen Lieferungen dorthin weiter abnehmen. Zudem verschlechterte die Rezession in Westeuropa die Absorptionsfähigkeit für Produkte aus den neuen Bundesländern. Erst im Verlauf des kommenden Jahres werden sich die Absatzchancen für ostdeutsche Produkte mit der Erholung der Weltkonjunktur verbessern. Die Umstellungsmaßnahmen in Produktion und Vertrieb kommen nur langsam voran und wirken sich erst allmählich auf die Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Produzenten aus. Eine rasche und durchgreifende Aufhellung der Perspektiven für die ostdeutsche Ausfuhr stößt ferner auf die Schwierigkeit, neue Produkte für westliche Märkte herzustellen. Die ostdeutschen Warenlieferungen in die alten Bundesländer hingegen werden im nächsten Jahr wohl merklich ausgeweitet. Darin kommt neben der konjunkturellen Erholung in Westdeutschland vor allem die zunehmende Produktionsverflechtung zwischen west- und ostdeutschen Unternehmen zum Ausdruck. Insgesamt dürfte sich der ostdeutsche Export im kommenden Jahr erholen.

Verbesserung der Standortqualität – Voraussetzung für mehr Arbeitsplätze

Mit der konjunkturellen Belebung im Westen und der fortgesetzten Aufwärtsentwicklung im Osten wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland im Jahr 1994 um rund 1,5 vH zunehmen, für dieses Jahr wird sich ein Rückgang in der gleichen Größenordnung ergeben (Tabelle 3). Trotz der Produktionsbelebung ist mit einer Wende auf dem Arbeitsmarkt nicht zu rechnen. So wird sich im Zuge der anhaltenden Rationalisierungsbemühungen der Personalabbau in den Unternehmen zunächst fortsetzen. Allerdings werden die Unternehmen schon bald die Kurzarbeit verringern. Neueinstellungen in größerem Umfang werden sie erst dann vorsehen, wenn sich die Konjunktur nachhaltig gebessert hat. Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland wird 1994 im Durchschnitt um knapp 500 000 niedriger sein als im Vorjahr. Infolge der Strukturanpassung im Osten und der Konjunkturschwäche im Westen werden damit rund 2 3/4 Millionen Arbeitsplätze weniger bestehen als 1990. Die Zahl der Arbeitslosen wird im kommenden Jahr zeitweise die Vier-Millionen-Marke erreichen und im Durchschnitt 3,85 Millionen betragen.

Tabelle 3 – Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1991–1994

	1992	1991	1992	1993 ¹	1994 ¹
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH			
Privater Verbrauch	1722,1	9,1	7,1	3,5	2,5
Staatsverbrauch	606,4	7,2	9,8	3,5	2,5
Anlageinvestitionen	709,2	14,6	8,8	0,0	8,0
Ausrüstungsinvestitionen	304,6	19,5	0,0	-12,0	6,0
Bauinvestitionen	404,6	10,6	16,5	9,0	9,0
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	-7,0	(6,72)	(-7,0)	(-8,5)	(7,0)
Ausfuhr ²	718,0	-3,0	0,8	-10,0	4,0
Einfuhr ²	721,0	10,8	0,8	-11,0	3,5
Außenbeitrag (Mrd. DM)	-3,0	(-2,7)	(-3,0)	(6,5)	(9,5)
Bruttoinlandsprodukt	3027,6	6,4	7,5	3,0	4,5
Bruttosozialprodukt	3044,1	6,5	7,0	2,5	4,5
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1991					
Privater Verbrauch	1644,6	4,2	2,3	-0,5	-0,5
Staatsverbrauch	573,0	-0,2	3,8	-0,5	0,5
Anlageinvestitionen	679,5	9,1	4,2	-3,5	4,5
Ausrüstungsinvestitionen	298,9	16,5	-1,9	-12,5	4,5
Bauinvestitionen	380,6	3,3	9,5	4,0	4,5
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	-2,4	(6,7)	(-2,4)	(-6,5)	(7,0)
Ausfuhr	713,3	-5,3	0,1	-10,0	2,0
Einfuhr	733,6	6,9	2,6	-10,0	1,5
Außenbeitrag (Mrd. DM)	-20,3	(-2,7)	(-20,3)	(-19,5)	(-16,0)
Bruttoinlandsprodukt	2874,4	1,5	2,1	-1,5	1,5
Bruttosozialprodukt	2890,2	1,5	1,6	-1,5	1,5
Preisniveau des Bruttoinlandsprodukts 1991=100					
Privater Verbrauch	104,7	4,7	4,7	4,5	3,0
Bruttoinlandsprodukt	105,3	5,9	5,3	4,5	3,0
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts					
Arbeitsvolumen	0,8	-2,5	-2,0
Produktivität	1,3	1,0	3,5
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2328,3	5,1	6,1	2,0	3,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	596,9	.	2,1	1,0	9,5
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1731,4	8,3	7,6	2,0	1,5
in vH des Volkseinkommens	74,4	74,5	73,0
Lohnkosten je Produkteinheit ³	5,9	3,5	0,5
Arbeitslose (Mill.)	2,60	2,98	3,40	3,85
Erwerbstätige ⁴ (Mill.)	36,44	35,83	35,10	34,60
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁴ (Mill. DM)	33,04	32,37	31,60	31,10
Finanzierungssaldo des Staates ⁵ (Mrd. DM)	-131	-146	-190	-180
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM)	-33,1	-39,4	-36	-34

¹ Prognose; auf halbe Prozentpunkte gerundet. – ² Um innerdeutsche Transaktionen bereinigt. – ³ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – ⁴ Inlandskonzept. – ⁵ In der Abgrenzung der Finanzstatistik; einschließlich Treuhandanstalt.

Quelle: Statistisches Bundesamt [1993]; eigene Schätzungen.

Nach den Erfahrungen in den letzten beiden Konjunkturzyklen muß erwartet werden, daß durch einen Konjunkturaufschwung, wie er von uns prognostiziert wird, nicht verhindert wird, daß die Arbeitslosigkeit auf einem dauerhaft höheren Sockel verharrt. Deshalb bedarf es vor allem einer Verbesserung der Angebotsbedingungen. Deutschland muß als Standort für neue Investitionen und damit für das Schaffen von neuen Arbeitsplätzen attraktiver gemacht werden. Der Standort Deutschland wird in den kommenden Jahren einem beträchtlich verschärften Wettbewerbsdruck ausgesetzt sein. Durch die verstärkte Integration solcher Länder wie die VR China, Indien und Vietnam in die Weltwirtschaft wächst der Konkurrenzdruck bei arbeitsintensiven Fertigungen. Mit der Öffnung Mittel- und Osteuropas sind die Leistungen qualifizierter Facharbeiter zu niedrigen Löhnen sogar ohne hohe Transportkosten verfügbar. Hinzu kommt, daß sich die neuen Industrieländer Südostasiens zu ernsthaften Konkurrenten auf den Märkten für Hochtechnologieprodukte entwickeln. Mit der Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung eröffnen sich zugleich neue Absatzmärkte für die deutschen Unternehmen. Freilich müssen die deutschen Unternehmen, um hier erfolgreich zu sein, billiger als die Konkurrenten sein, oder sie müssen Produkte im Angebot haben, die es sonst nicht gibt.

Die Wirtschaftspolitik begegnet diesen Herausforderungen in völlig unzureichendem Maße. Die Belastung der Unternehmen mit Steuern und Sozialabgaben ist kräftig gestiegen. Noch immer bestehen vielfältige Hemmnisse, die das Entfalten neuer Aktivitäten erschweren. Die Unternehmen haben darauf mit Prozeß- und Standortinnovationen reagiert. Sie haben die Produktionskosten im Inland auf vielfältige Art, nicht zuletzt durch eine Verringerung der Zahl der Beschäftigten, gesenkt und Fertigungen an ausländische Standorte verlagert. All diese Maßnahmen sind aus der Sicht der Unternehmen sinnvoll, weil sie die Existenz sichern helfen. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht gehen jedoch Einkommen und Arbeitsplätze verloren. So mag eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei gleichzeitiger entsprechender Senkung der Lohnkosten und größerer Minderung der Gesamtkosten geeignet sein, einem Unternehmen aus schwieriger Lage zu helfen und die Rationalisierungsmaßnahmen sozialverträglich umzusetzen. Als generelles Konzept zur Verringerung der Arbeitslosigkeit taugt die Arbeitszeitverkürzung jedoch nicht. Sie wandelt nur offene in verdeckte Arbeitslosigkeit um. Zudem ist sie von Einkommensverlusten begleitet. Sie bedeutet also, daß sich die Standortqualität verschlechtert.

Eine geeignete wirtschaftspolitische Strategie zur Verbesserung der Standortqualität Deutschlands muß vielmehr darauf abzielen, den Unternehmen Anreize zu geben, neue Produkte hervorzubringen, die eine tragfähige Grundlage für den Aufbau neuer Produktionen sein können. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist also Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen am Standort durch Produktinnovationen gefragt. Produktinnovationen sind mit sehr viel größeren Risiken als Prozeß- und Standortinnovationen verbunden. Dies bedeutet, daß auch die Gewinnchancen erheblich höher sein müssen. Die Rentabilitätserwartungen der Unternehmen müssen sich kräftig verbessern, damit es künftig zu den Produktinnovationen kommt, die für den Umbau der deutschen Wirtschaft erforderlich sind. Auch müssen, dies ist der zweite Aspekt der Diskussion um die

Qualität eines Standortes, Anreize zur Schaffung von Arbeitsplätzen verstärkt werden. Produktinnovationen und der Aufbau neuer Fertigungen sind nämlich nur eine Voraussetzung für das Entstehen von Arbeitsplätzen. Eine andere ist, daß die Kosten eine Ausweitung der Beschäftigung lohnend erscheinen lassen. Dabei sind vor allem die Tarifparteien gefordert. Die Finanzpolitik ist aufgerufen, die öffentlichen Finanzen zu konsolidieren; dazu muß sie bei den Ausgaben ansetzen, und zwar im konsumtiven Bereich. Bei den Subventionen gibt es große, kaum genutzte Einsparpotentiale, und auch soziale Leistungen müssen gekürzt werden. Nur so kann die hohe Belastung mit Steuern und Sozialabgaben nachhaltig verringert werden. Auch der Abbau vielfältiger Regulierungen und eine verstärkte Privatisierung sind geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Standortqualität. Im politischen Bereich gibt es vielfältige Absichtserklärungen, die in die richtige Richtung zielen, so etwa im Standortbericht der Bundesregierung. Es fehlt jedoch entschlossenes Handeln.

Summary

Federal Republic of Germany: Moderate Recovery – Stubbornly High Unemployment

Turnaround of Output in Western Germany

The economy in western Germany has bottomed out. In the second as well as in the third quarter real GDP expanded at an annual rate of about 1.5 p.c.; during the preceding four quarters real GDP had declined by about 3 p.c. Despite the recovery overall capacity utilization continued to decline. In the labor market the pronounced decrease in employment has not yet slowed down, unemployment is still rising. Due to the weakness of the economy and lower import prices current inflation rates have decelerated to an annual rate of about 2.5 p.c., however, compared to their level a year ago consumer prices in November were still 3.7 p.c. higher.

Recovery in Eastern Germany Has Slowed

In eastern Germany total output will increase in 1993 at a lower pace than 1992. This is mainly due to a much weaker growth of transfer payments from the west. Therefore, incomes of private households have risen less rapidly thus contributing to a slowdown of the expansion in the service sector. Due to declining profits and low capacity utilization, west German companies have not expanded their investment activities in eastern Germany as much as last year. The construction sector remained the driving force of the upswing. However, for the first time also the manufacturing sector experienced an increase in production. The decline in employment has slowed down. Unemployment started to stabilize at a level of about 1.15 million, this is 15 p.c. of the labor force.

Outlook: Recovery Continues...

In western Germany leading indicators suggest an ongoing increase in output. In the manufacturing sector, new orders have increased and the business climate has improved. Since spring, companies have become more optimistic with respect to export prospects. The number of short-time workers is already on a declining trend; in past cycles this turned out to be a good indicator that output has reached its bottom.

In addition, there is also a further improvement in the underlying conditions. The Bundesbank has already significantly reduced short-term interest rates. Further interest rate cuts are likely as inflation calms down and money growth will be back to the target range. Lower interest rates as well as moderate wage increases will help companies to stabilize costs. The recovery in main trading partner countries as well as the further depreciation of the D-Mark vis-à-vis the Dollar will stimulate exports. However, higher mineral oil taxes and social security contributions are likely to put a drag on disposable income of households at the beginning of next year. Therefore, a slight decline of output in the first quarter is likely to occur. However, from spring onwards real GDP growth will gain momentum. For the year as a whole, real GDP will be 1 p.c. higher than in 1993.

In eastern Germany the restructuring of the economy is progressing. More and more companies have improved their products. In addition, productivity is increased through modernization and rationalization. A small but rising number of privatized firms is already making profits. However, the majority of companies continued to make losses, this is especially true for enterprises still owned by the Treuhand agency.

...But Unemployment Remains High

Despite the recovery and a rise of total German output by 1.5 p.c. next year, the situation in the labor market will continue to deteriorate. Total German employment will decline further throughout 1994 and unemployment will rise. On average 3.85 million persons, i.e. 10 p.c. of the labor force, will be unemployed. Conditions on the supply side of the economy have to be improved in order to promote economic growth and the creation of new jobs.

Literaturverzeichnis

- GERN, Klaus-Jürgen, Klaus-Werner SCHATZ, Joachim SCHEIDE, Ralph SOLVEEN, „Industrieländer: Breite Erholung in Sicht“. Die Weltwirtschaft, 1993, in diesem Heft.
 KRÄMER, Jörg W., „Die Bedeutung der Exporte für die deutsche Konjunktur“. Die Weltwirtschaft, 1993, S. 331–337.
 SCHEIDE, Joachim, „Zur aktuellen konjunkturpolitischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland“. Die Weltwirtschaft, 1987, H. 1, S. 33–45, S. 35 ff.
 STATISTISCHES BUNDESAMT, Wirtschaft und Statistik. Stuttgart 1993, H. 9.